

Potsdam, 8. September 2012

**Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE,
Potsdam 8.9.2012**

In Opposition und Regierung: Konsequenz für den Sozialstaat, Verteilungsgerechtigkeit und Frieden

DIE LINKE steht für eine Politik, die das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ernst nimmt, nach dem es Aufgabe der Politik ist, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen.

Voraussetzung hierfür ist ein Ausbau der finanziellen Spielräume der Öffentlichen Hand und ein handlungsfähiger Öffentlicher Dienst. Angesichts des Auseinanderdriftens zwischen Arm und Reich erfordert ein solcher Ausgleich eine deutliche Besteuerung von Vermögen und leistungslosen Einkommen, bei gleichzeitiger Besserstellung von Armen und Armut bedrohten Personengruppen bis hin zur Mittelschicht. Dazu zählen auch ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, von dem man leben kann und der Kampf gegen Lohndumping; untertarifliche Bezahlung und Prekarisierung der Arbeitswelt.

Auch im globalen Maßstab bedarf es eines sozialen Ausgleichs zwischen ärmeren und reicheren Ländern statt einer militärischen Stabilisierung einer ungerechten Weltordnung. DIE LINKE steht für eine Außenpolitik, die konsequent den Frieden zum Ziel hat, auf Kriegseinsätze verzichtet und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung anstrebt.

Von diesen Grundsätzen lässt sich DIE LINKE leiten völlig unabhängig davon, ob sie in der Opposition sitzt oder Regierungsverantwortung wahrnimmt. Aus der Opposition heraus haben wir Politik in diesem Sinne beeinflusst und Themen gesetzt, etwa den Mindestlohn, die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost/West, Probleme der Rentenüberleitung, einheitlicher Rentenwert Ost/West, gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung, gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen, um nur einige wenige zu nennen. Bereits 1999 hatte sich die PDS für einen gesetzlichen Mindestlohn starkgemacht gegen alle politischen Konkurrenten und zunächst auch gegen die Position der Gewerkschaften. Dass die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn inzwischen in allen demokratischen Parteien mit Ausnahme

der FDP (und selbst dort gibt es inzwischen abweichende Meinungen) Eingang gefunden hat, zeigt, dass auch aus der Opposition heraus politische Gestaltungsmacht entfaltet werden kann.

Aber auch für eine Übernahme von Regierungsverantwortung hat sich DIE LINKE stets offen gezeigt, wobei es immer um die Umsetzung zentraler politischer Ziele und nie um die Frage von Ministerämtern ging. Unbestritten war DIE LINKE im Saarland (dort sogar in zwei Legislaturperioden) zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit und hätte in Hessen bzw. hat in NRW der Rot-Grünen-Minderheitsregierung parlamentarische Mehrheiten ermöglicht. Auch in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sind Regierungsbeteiligungen nicht an der LINKEN gescheitert. Dort hat stattdessen die SPD große Koalitionen vorgezogen und hält dies wohl auch für eine Option im Bund.

Die Uneinigkeit dieser Koalitionen in zentralen politischen Fragen hat zudem zu einer Selbstblockade des Bundestages geführt, weil sich diese Koalitionen regelmäßig bei kontroversen Entscheidungen enthalten. Damit erreicht der Bundesrat zu oft nicht die erforderliche Mehrheit, um auch nur den Vermittlungsausschuss anzurufen, von einer notwendigen Zustimmung bzw. Verweigerung der Zustimmung zu einem Gesetz ganz zu schweigen. Wesentliche Möglichkeiten der Mitgestaltung der Bundespolitik werden damit schlicht verschenkt.

In Brandenburg setzen wir die Schwerpunkte entlang der hier genannten Grundsätze um. So wurden die finanziellen Spielräume der Öffentlichen Hand auf der Ebene Kommunen ausgeweitet. Der Rückzug des Staates aus der Fläche ist gestoppt: Bei der Polizeireform sind fast alle Wachenstandorte erhalten geblieben und auch für die Standorte der Amtsgerichte schafft ein Gesetz Sicherheit.

In einem „solidarischen Brandenburg“ ist die Niedriglohn-Strategie des damaligen CDU-Wirtschaftsministers Junghanns vom Tisch. Mit dem Vergabegesetz, das öffentliche Aufträge an die Einhaltung von Mindestlöhnen bindet, und einer neuen Förderstrategie, die soziale Kriterien wie die Reduzierung der Leiharbeit mit aufnimmt, steuert das jetzt links geführte Wirtschaftsministerium offensiv den Dumpinglöhnen entgegen. Sie unterstützt unternehmerisches Handeln und bindet diese Unterstützung zugleich an wichtige soziale Kriterien wie etwa die Zurückdrängung des Leiharbeits-Anteils. Für diejenigen mit den geringsten Chancen am Arbeitsmarkt, werden im Öffentlichen Beschäftigungssektor 2.200 Stellen geschaffen. Gegenüber der ursprünglichen vom Einsparungsdruck diktierten Personalbedarfsplanung des Landes konnten eindeutige Verbesserungen erzielt werden: Mehr Stellen, Einstellungskorridore für junge Leute, Stärkung zentraler Bereiche als Ausdruck des politischen Willens, insbesondere im Bildungsbereich.

Mit der Einführung des Schüler-Bafögs, der Ermöglichung einer elternbeitragsfreien Schülerbeförderung (wobei diese Mittel zwischenzeitlich vom Bund übernommen werden), der Weiterführung des Sozialtickets oder auch der Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber hat die rot-rote Landesregierung Weichenstellungen vorgenommen, die Benachteiligungen zurückdrängen bzw. zusätzliche Unterstützung für Bedürftige gewährleisten. Die neue Koalition hat sich auch darum bemüht, die Sozialgerichtsbarkeit zu stärken.

Natürlich entsprechen Koalitionsvereinbarungen nie den reinen Partei- und Wahlprogrammen der beteiligten Parteien. So hat auch DIE LINKE dem Koalitionspartner Zugeständnisse machen müssen, die nicht immer leicht gefallen sind, die aber aus unserer Sicht durch die erzielten Erfolge aufgewogen werden.

Insoweit ist die Frage einer Regierungsbeteiligung immer abhängig davon, ob hierüber zentrale politische Forderungen im Interesse einer Mehrheit der Bevölkerung umgesetzt werden können. Diese Sichtweise respektieren wir auch bei potentiellen politischen Partnern, wobei die sofortige Ablehnung einer Rot-Rot-Grünen Option durch SPD und Grüne bei gleichzeitiger Offenheit für eine Koalition für die FDP viel über die SPD aussagt. Es beweist nämlich, dass ihr die Ziele wie allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, Reichen- und Vermögenssteuer nicht von zentraler Bedeutung sein können.